

**Speyerer Vergaberechtstage, 20. bis 21. September 2007,  
Wissenschaftliche Leitung: Univ.-Prof. Dr. Jan Ziekow**

Die Durchführung einer Reihe von Veranstaltungen zum Vergaberecht an der DHV Speyer trägt dem Umstand Rechnung, dass sich das Vergaberecht mehr und mehr zu einem Rechtsbereich mit eigenständigem Gewicht entwickelt. Auf der Grundlage der aus der Durchführung mehrerer Forschungsprojekte zum Vergaberecht in Speyer gewonnenen methodischen und dogmatischen Grundlagen soll eine wissenschaftlich fundierte, gleichwohl praktisch nutzbare Begleitung der Entwicklung des Vergaberechts untersucht werden. Im Gespräch zwischen Praktikern aller mit dem öffentlichen Beschaffungswesen befassten Kreise und der Wissenschaft sollen Trends analysiert und Antworten auf praxisrelevante aktuelle Fragen des Vergaberechts gegeben werden.

Die Teilnahme ist kostenpflichtig.

Weitere Informationen zur Veranstaltung und zur Anmeldung:  
<http://www.dhv-speyer.de/Weiterbildung/wbdbdetail.asp?id=371>.  
Tagungssekretariat: Frau Diehl 06232/654 226, tagungssekretariat@dhv-speyer.de.

Das Programm im Einzelnen:

**20. September**

*Strukturen*

Das System des Vergaberechts zwischen  
Verfassungs-, Wirtschafts- und Haushaltsrecht  
Dr. Matthias Knauff, LL.M. Eur. (Universität Würzburg)

*Behandlung der Angebote*

Die Behandlung von der Ausschreibung abweichender Angebote  
Bernhard Stolz, Rechtsanwalt (Kraus, Sienz & Partner, München)  
Ansprüche eines zu Recht ausgeschlossenen Bieters  
Dr. Kerstin Dittmann (3. Vergabekammer des Bundes beim Bundeskartellamt, Bonn)

Umgang mit Spekulationspreisen, Dumpingangeboten und Mischkalkulationen  
Dr. Ralf Leinemann, Rechtsanwalt (Leinemann & Partner, Berlin)

*Rechtsschutz*

Was bleibt vom Rechtsschutz unterhalb der Schwellenwerte?

a) Chancen des Primärrechtsschutzes unterhalb der Schwellenwerte

Dr. Clemens Antweiler, Mag. rer. publ., Rechtsanwalt und Fachanwalt für Verwaltungsrecht (Rotthege Wassermann & Partner, Düsseldorf)

b) Sekundärrechtsschutz unterhalb der Schwellenwerte?

Dr. Christian Braun, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Verwaltungsrecht (Braun & Rieske, Leipzig)

Schadensersatzansprüche des Auftraggebers wegen Blockierung der Auftragsvergabe durch Nachprüfungsverfahren

Dr. Matthias Heßhaus, Rechtsanwalt (Kleiner Rechtsanwälte, Düsseldorf)

**21. September 2007**

*Verfahren*

Erfahrungen mit dem wettbewerblichen Dialog

a) Frankreich

Prof. David Capitant (Université Paris 1 Panthéon-Sorbonne)

b) Deutschland

Aline Fritz, Rechtsanwältin (Fritze Paul Seelig, Frankfurt am Main)

Der Übergang vom offenen Verfahren zum Verhandlungsverfahren

Arnold Boesen, Rechtsanwalt (Boesen Rechtsanwälte, Bonn)

Probleme der Aufhebung der Ausschreibung

Britta Dieck-Bogatzke (Richterin am Oberlandesgericht, Düsseldorf)

*Akteure*

Interkommunale Zusammenarbeit

a) Notwendigkeiten aus Sicht der Kommunen

Barbara Meißner (Deutscher Städtetag, Köln)

b) Ein konsolidierter Stand der Rechtsentwicklung?

Malte Müller-Wrede, Rechtsanwalt (Müller-Wrede & Partner, Berlin)

Zur Bindung kommunaler Eigenbetriebe und -gesellschaften an das Vergaberecht bei Vergaben unterhalb der Schwellenwerte

Harald Kern, Rechtsanwalt (Bauindustrieverband NRW, Düsseldorf)

Bietergemeinschaften – Chancen und Probleme

Dr. Nicola Ohrtmann, Rechtsanwältin (Kümmerlein, Simon & Partner, Essen)

**Modellregionen für die schrittweise Einführung der behörden-einheitlichen Rufnummer 115 gesucht**

Auf dem nationalen IT-Gipfel am 18. Dezember 2006 in Potsdam wurde beschlossen, eine bundeseinheitliche Servicenummer einzuführen, unter der sich Bürgerinnen und Bürger mit ihren Anliegen an die Verwaltung wenden können. Der Bund und das Land Hessen wurden im Frühjahr 2007 beauftragt, ein Projekt zur Einführung zu initiieren. Realisiert werden soll das Projekt im Rahmen der föderalen Arbeitsteilung und unter Beibehaltung der kommunalen Selbstverwaltung. Daher ist es nicht vorgesehen, ein zentrales Call Center zu schaffen, sondern die bestehenden Bürger-Services ebenenübergreifend zu vernetzen.

Aufgrund der Komplexität und der Größe des Projekts ist eine stufenweise Einführung geplant – sowohl hinsichtlich der Zahl der zu beteiligenden Servicecenter als auch des Umfangs der angebotenen Leistungen.

Zunächst sollen die notwendigen Komponenten entwickelt sowie in einigen ländlichen und städtischen Regionen mit der pilotweisen Einführung begonnen werden. Dafür werden Städte und Regionen gesucht, die bereit sind, sich als Pilotregionen zu beteiligen. Die Auswahl erfolgt nach einem Interessenbekundungsverfahren.

Die zu beteiligenden Modellregionen sollten folgende Anforderungen erfüllen: Sie sollten bereits über ein telefonisches Servicecenter verfügen bzw. dieses zurzeit aufbauen. Zudem sollten entsprechend ausgebildete Mitarbeiter vorhanden sein und die technische Infrastruktur so ausgestaltet sein, dass diese mit den zu entwickelnden zentralen Komponenten verknüpft werden kann. Des Weiteren sollten die Modellregionen bereit sein, in den eigenen Bürgerservice zu investieren und ein Projektteam zur Verfügung stellen, das die Einbindung in den ebenenübergreifenden Verbund vor Ort unterstützt. Wichtig ist auch die deutliche Unterstützung des Modellprojektes durch die Kommune oder das Land.

Zunächst benennen jeweils die Bundesländer einen Ansprechpartner, der die Auswahl in den Bundesländern koordinieren soll. Die Auswahl soll bis Ende September abgeschlossen sein.

**Vorschau auf die kommenden Hefte**

Klaus Lenk: *Abschied vom Zuständigkeitsdenken*

Jörn von Lucke: *Das Stammtext- und Ergänzungsmodell (SEM) in einem Verbund der Verwaltungsportale*

Florian Fuß/Andreas Pointvogel: *Neuordnung des deutschen Schornsteinfegerwesens*

**Aktuelle Entwicklungen in der kommunalen Finanzverwaltung**  
– Forum für Finanzexperten aus Kommunen und kommunalen Unternehmen

15. und 16. Oktober 2007 in Nürnberg

Die Konferenz versteht sich als Branchentreff mit finanzwirtschaftlichem Fokus und will ein Forum sein für den fachlichen Meinungs- und Erfahrungsaustausch sowie für die Vermittlung von Fachinformationen – insbesondere für den kommunalen Bereich. Denn die Kommunen dürfen beispielsweise bei den Bund-Länder-Gesprächen über gesetzliche Änderungen häufig nicht einmal als Gast teilnehmen. Aus diesem Grund ist es umso wichtiger, dass der kommunale Gedankenaustausch gut und reibungslos funktioniert. Die Veranstaltung richtet sich an Bürgermeister, Landräte, Kämmerer, Leiter Steuern, Leiter Finanzverwaltung, Stadtwerke, staatliche Finanzbehörden, kommunale Verbände, Lehrende an Beamtenfachhochschulen und Universitäten, sowie Dienstleistungsunternehmen aus diesem Bereich (Banken, Beratungs- und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften, Steuerberater, IT- Unternehmen).

Die Themenpalette reicht von der Weiterentwicklung des Steuerrechts über den kommunalen Finanzausgleich, das Sparkassenwesen, modernes Finanz- und Beteiligungsmanagement bis zur Privatisierung und PPP-Projekten.

Die Teilnahme an der Konferenz ist kostenpflichtig.

Weitere Informationen zur Veranstaltung und zur Anmeldung: [www.managerakademie.de](http://www.managerakademie.de), [a.zoeller@managerakademie.de](mailto:a.zoeller@managerakademie.de).

Über folgende Fragestellungen wird in fünf Themenrunden diskutiert:

- Folgen der Unternehmenssteuerreform für Kommunen
- Die Reform der Grundsteuer – Stand des Gesetzgebungsverfahrens und Auswirkungen auf Kommunen
- Finanzausgleich auf dem Prüfstand: Zwischen Ausgleichsbedarf und Übernivellierung
- Sparkasse – Quo Vadis? Das Sparkassenrecht im Umbruch
- Kritische Würdigung umstrittener Regelungen des Neuen Haushalts- und Rechnungswesens
- Vereinheitlichung der Gemeindehaushaltsverordnungen
- Praxiserfahrungen beim aktiven Zins- und Schuldenmanagement mit Derivaten
- Verhaltenskodizes (Public Corporate Governance) für die kommunalen Unternehmen als Antwort auf neue Integritätsrisiken?
- Rekommunalisierung: Mehrwert für Bürger und Entlastung für den Haushalt – dargestellt an Beispielen der Abfallbeseitigung
- Verkauf von kommunalen Wohnungen – Ein Patentrezept für die Entschuldung?
- Das PPP-Mittelstandsmodell Bau – Langfristige Absicherung von Bau- und Betriebsrisiken und deren Auswirkung auf die Finanzierung

**Bundesdruckerei stiftet Professur „Secure Identity“**

Die Bundesdruckerei GmbH stiftet an der Freien Universität Berlin eine Professur „Secure Identity“ (Technologien zur Sicherung von Identitäten) und will damit gezielt die weitere Entwicklung einer auch für den Standort Deutschland bedeutenden Zukunftstechnologie fördern. Die Stiftungsprofessur hat zunächst eine Laufzeit von 5 Jahren. Die Professur wird im Fachbereich Mathematik und Informatik angesiedelt, die Besetzung ist für Oktober dieses Jahres geplant. Inhaltlich wird sich der Lehrstuhl mit Forschung und Entwicklung von Sicherheitstechnologien befassen, die insbesondere

auf den Themen sichere Identifikation von Personen und sichere Kommunikation basieren.

Experten gehen davon aus, dass diese Schlüsseltechnologie in den kommenden Jahren in eine weltweit auch wirtschaftlich weit bedeutsamere Rolle wachsen wird. Mit dem neuen Lehrstuhl will die Bundesdruckerei dazu beitragen, dass Studenten international sehr gefragtes Know-how erhalten und die Forschung rund um dieses Forschung vertiefen. Zugleich soll durch die Professur die Akzeptanz neuer Technologien und speziell des Themas ID-Sicherheit gefördert werden.

**Redaktionsanschrift:**

Prof. Dr. **Veith Mehde** (V.i.S.d.P.), Juristische Fakultät der Leibniz Universität Hannover  
Königsworther Platz 1 | 30167 Hannover  
Tel. (0511) 762 - 8206 | Fax (0511) 762 - 19106  
E-Mail: [mehde@jura.uni-hannover.de](mailto:mehde@jura.uni-hannover.de) | [www: http://www.verwaltungsmanagement.de](http://www.verwaltungsmanagement.de)

**Redaktionsassistentin (Satz und Layout):**

**Heidrun Müller**, Institute for eGovernment (IfG.CC) an der Universität Potsdam

**Druck und Verlag:**

Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG  
Waldseestraße 3-5 | D-76530 Baden-Baden  
Telefon (07221) 2104-0 | Fax (07221) 2104-27

**Anzeigen:**

sales friendly Verlagsdienstleistungen | Siegburger Str. 123 | 53229 Bonn  
Telefon (0228) 978980 | Fax (0228) 9789820  
E-Mail: [roos@sales-friendly.de](mailto:roos@sales-friendly.de)

Die Zeitschrift, sowie alle in ihr enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags.

Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht die Meinung der Herausgeber/Redaktion wiedergeben. Unverlangt eingesandte Manuskripte – für die keine Haftung übernommen wird – gelten als Veröffentlichungsvorschlag zu den Bedingungen des Verlages. Es werden nur unveröffentlichte Originalarbeiten angenommen. Die Verfasser erklären sich mit einer nicht sinnentstellenden redaktionellen Bearbeitung einverstanden.

**Erscheinungsweise:** sechsmal jährlich

Bezugspreis 2007: jährlich 120,- Euro, Einzelheft 24,- Euro. Alle Preise zzgl. Vertriebs-/Direktbeorderungsgebühren inkl. MwSt.; Bestellungen nehmen entgegen: Der Buchhandel und der Verlag; Abbestellungen im Voraus an: Nomos Verlagsgesellschaft, Postbank Karlsruhe, Konto 73636-751 (BLZ 660 100 75) und Stadtparkasse Baden-Baden, Konto 5-002266 (BLZ 662 500 30). ISSN 0947-9856